



Demographietyp 8:

Wirtschaftlich starke Städte und Gemeinden mit hoher Arbeitsplatzzentralität

Insgesamt sind diesem Cluster¹ 71 Städte zugeordnet.

Die Beschreibung der Handlungsempfehlungen für diesen Demographietypen stellt einen Orientierungsrahmen für die Kommunen dar. Sie basieren auf einer Analyse der charakteristischen Ausprägung sozio-ökonomischer und demographischer Indikatoren. Dies ersetzt nicht die individuelle Betrachtung jeder einzelnen Kommune. Spezifische Strategien müssen vor Ort entwickelt werden.

Ansprechpartner Bertelsmann Stiftung: Carsten Große Starmann und Petra Klug

1. Räumliche Einordnung

Von den 71 Kommunen in Cluster 8 befinden sich 63 in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Sie gruppieren sich vor allem um die süddeutschen Metropolregionen Rhein-Main, Stuttgart und München. Nur zwei liegen in Ostdeutschland.

Diese Kommunen sind typischerweise entweder relativ kleine wirtschaftsdynamische Orte im suburbanen Raum oder größere regionale Zentren. Ähnlich wie die Kommunen des Clusters 5 konzentrieren sie sich auf die (hoch) verdichteten Kreise der Agglomerationsräume und verstädterten Räume.

Ein überproportional großer Anteil der Kommunen dieses Clusters gehört zu den größeren Städten über 25.000 Einwohnern, darunter auch die Universitätsstädte Gießen, Marburg und Tübingen. Kleine Gemeinden unter 10.000 Einwohner sind stark unterrepräsentiert.

¹ Die Begriffe „Cluster“ und „Demographietyp“ werden im Text synonym verwendet.

2. Charakteristische Entwicklungen

Die wohlhabenden, meist suburbanen Städte und Gemeinden in Cluster 8 sind geprägt durch ihre positive wirtschaftliche Entwicklung und ihre herausragende Funktion, die sie im Umfeld der Wirtschaftszentren für die Region übernehmen. Die Bevölkerung wird sich deshalb auch weiterhin stabil entwickeln oder sogar leicht zunehmen. Auch wenn sich das Wachstum der vergangenen Jahre abgeschwächt hat, sind die Kommunen dieses Clusters auch zukünftig von Stabilität und Wachstum geprägt.

In den betreffenden Städten und Gemeinden arbeiten deutlich mehr sozial-versicherungspflichtig Beschäftigte als dort wohnen. Neben der hohen Arbeitsplatzzentralität lässt sich ihre wirtschaftliche Stärke auch an den Faktoren hochwertige Arbeitsplätze, hoch qualifizierte Erwerbstätige, sehr niedrige Arbeitslosigkeit, starkes Arbeitsplatzwachstum und wohlhabende Einwohnerschaft ablesen. Aufgrund der deutlich überproportionalen kommunalen Steuereinnahmen verfügen diese Kommunen über einen vergleichsweise großen finanziellen Handlungsspielraum.

Aus der sehr guten ökonomischen Basis ergibt sich eine hohe Zuwanderung von jungen Erwachsenen. Mit den beträchtlichen Wohnansprüchen und dem starken Wachstumsdruck steigen auch die Anforderungen an die Flächenentwicklung. Dadurch entstehen typische Überlastungsansprüche von Agglomerationsräumen.

Deutliches Bevölkerungswachstum – aber insgesamt zurückgehend

Die Bevölkerung wuchs im Zeitraum zwischen 1996 und 2003. Das Wachstum geht zwar bis 2020 auf durchschnittlich 2,8 Prozent zurück, dennoch liegt dieser Wert fast 3,5 Prozentpunkte über dem Durchschnitt aller Cluster von 0,7 Prozent.

In den meisten Städten und Gemeinden in Cluster 8 wird sich die Bevölkerungszahl bis 2020 in etwa auf dem gegenwärtigen Niveau halten. Ein Drittel wird voraussichtlich weiter wachsen, einige davon deutlich über 10 Prozent. In weniger als 20 Prozent der Städte und Gemeinden werden bis 2020 leichte Bevölkerungsverluste prognostiziert.

Starke Zuwanderung der potenziellen Ersthaupterwerbstätigen

Das Bevölkerungswachstum der letzten Jahre war weitgehend ein Ergebnis hoher Zuwanderungen. Insbesondere bei den 18- bis 24-Jährigen, also den Ersthaupterwerbstätigen und gleichzeitig den Bildungswanderern und den Berufseinsteigern, erzielt die Bevölkerung im Saldo sehr hohe Zuwanderungsraten. Zwei Drittel der Kommunen verzeichneten hier deutliche Gewinne. Auch das Wanderungssaldo bei den Familien ist deutlich positiv.

Wenige Mehrfamilienhaushalte mit Kindern

In der Haushaltsstruktur spiegelt sich die Besonderheit der Städte und Gemeinden dieses Clusters als Arbeitszentrum, Ausbildungszentrum und suburbaner Wohnort wider. Der

Anteil an Mehrfamilienhaushalten mit Kindern ist mit 33,7 Prozent sehr niedrig (im Vergleich zu allen Kommunen zwischen 5.000 und 100.000 Einwohnern: 39,2 Prozent). Der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt dagegen mit über 36 Prozent deutlich überproportional zum Vergleichswert der Kommunen aller Cluster von knapp über 30 Prozent.

Trotzdem liegt der Anteil an Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren mit 18,4 Prozent nur geringfügig unter dem Gesamtdurchschnitt von 19,4 Prozent (2003) und wird sich laut Prognose auf 15,5 Prozent (2020) gegenüber dem Gesamtwert von 15,4 angleichen. Der hohe Anteil von Einpersonen- und Ausländerhaushalten, wie er in Großstädten üblich ist, wird hier allerdings nur in Ausnahmefällen erreicht.

Verzögerte Alterungsprozesse

Da aufgrund der wirtschaftlichen Dynamik von einer Kontinuität dieser Wanderungsmuster auszugehen ist, wird die Alterung dieser Städte und Gemeinden auch weiterhin etwas zögerlicher verlaufen. Aktuell liegt der Anteil der über 60-Jährigen mit 23,5 Prozent leicht unter dem Durchschnittswert aller untersuchten Städte und Gemeinden unter 100.000 Einwohner (24,4 Prozent). Bis 2020 wird dieser Unterschied voraussichtlich noch deutlicher (29 Prozent gegenüber 32 Prozent).

Dennoch wird die Altersgrenze, welche die Bevölkerung in zwei gleich große Gruppen teilt (Median-Alter), bis 2020 gegenüber 2003 um sechs Jahre auf 46 Jahre ansteigen.

Ökonomische Stärke

Ein Charakteristikum der Städte und Gemeinden in Cluster 8 ist ihre große Bedeutung als Arbeitsort. Die Arbeitsplatzzentralität von 1,7 wird in den Städten und Gemeinden zwischen 5.000 und 100.000 Einwohnern nur von den fünf exklusiven Standorten aus Cluster 8 übertroffen. Neun von zehn Kommunen haben hohe Einpendlerüberschüsse und damit eine regionale und zum Teil auch überregionale Bedeutung als Wirtschaftszentrum. Bei vielen der kleineren Kommunen handelt es sich um traditionelle Wohngemeinden, die sich in jüngster Zeit als wirtschaftliche Wachstumspole etabliert haben.

Der Anteil der hoch qualifizierten Beschäftigten liegt mit durchschnittlich 13 Prozent äußerst hoch. Demgegenüber steht eine relativ niedrige Arbeitslosenquote von knapp über 8 Prozent. Die Arbeitsplatzentwicklung verlief in den letzten Jahren weitgehend positiv: Sie war mit einer Arbeitsplatzzunahme von 11,2 Prozent von Stabilität und deutlichem Wachstum geprägt. In jeder fünften Kommune lag das Arbeitsplatzwachstum zwischen 1998 und 2003 über 20 Prozent.

Die wirtschaftliche Basis fußt sowohl auf dem Dienstleistungssektor als auch auf dem verarbeitenden Gewerbe. Zwar überwiegt die Zahl der Arbeitsplätze bei den Dienstleistungen. Dennoch ist die Bedeutung des Produktionsbereichs mit 43 Prozent der Arbeitsplätze relativ groß. Sieht man von den fünf exklusiven Standorten (Cluster 9) ab, so verfügen diese Städte und Gemeinden über die größten finanziellen Handlungsspielräume. Die durchschnittlichen kommunalen Steuereinnahmen von jährlich über 1500 Euro liegen

deutlich über denen der andern Städte und Gemeinden zwischen 5.000 und 100.000 Einwohnern.

3. Herausforderungen für die Kommunen im Demographietyp 8

Den Kommunen dieses Clusters geht es aufgrund der außerordentlich positiven Rahmenbedingungen sehr gut. Auf Basis der hier vorliegenden demographischen Analyse erscheint es dennoch angezeigt, die folgenden Herausforderungen für die zukünftige Stadtentwicklung bereits heute aktiv anzugehen:

- Die überdurchschnittlichen Handlungsspielräume sind für die Kommunen dieses Clusters eine Chance, um sich auf die demographischen Prozesse der nächsten Jahre gut vorzubereiten (z. B. im Bereich der Seniorenpolitik).
- Der hohe Wachstumsdruck auf die Flächenausweitung muss mit dem Ziel gesteuert werden, einer langfristig zersiedelten Flächenstruktur zugunsten der Innenentwicklung entgegenzuwirken.
- Die positive Wirtschaftsentwicklung ist langfristig zu stabilisieren und zu fördern.
- Ein qualitativ hochwertiges Angebot an Wohnraum auch für Familien mit Kindern ist ebenso langfristig aufrechtzuerhalten.
- Zu realisieren sind außerdem moderne, flexible und zielgruppenorientierte Angebote zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Gestaltung dieser Herausforderungen steht das Risiko gegenüber, die Weichen für eine weiterhin positive Entwicklung zu spät zu stellen.

4. Handlungsempfehlungen für die Kommunen im Demographietyp 8

Aufgrund des heute noch – im Vergleich zu anderen Kommunen – recht großen Anteils an junger Bevölkerung, ihrer begünstigten Lage und der günstigen guten Wirtschaftsentwicklung könnten die Kommunen dieses Clusters die Auswirkungen des demographischen Wandels zunächst ignorieren. Es wird jedoch empfohlen, die voraussehbaren Veränderungen der Bevölkerungsdichte und -zusammensetzung aktiv zu gestalten und eine Vorbildfunktion für die Region zu übernehmen.

Dabei sollten Prioritäten in den folgenden Handlungsfeldern gesetzt werden:

1. Siedlungs- und Flächenmanagement sowie interkommunale Kooperation – Flächenmanagement in regionaler Verantwortung betreiben

Das Cluster 8 ist gekennzeichnet durch Städte und Gemeinden, die im Umland der großen wirtschaftsstarken und als Arbeitsplatzstandort attraktiven Städte liegen. Die Kommunen selbst haben eine nur geringe Arbeitsplatzzentralität, d. h., sie dienen als Wohnort für die in den umliegenden Städten arbeitende Bevölkerung. Daraus resultiert mittelfristig eine

Stabilität in der Einwohnerentwicklung, z. T. sogar weiterhin leichtes Wachstum. Städtebau und Stadtplanung waren vor diesem Hintergrund in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten insgesamt stark auf die Gestaltung des Wachstums ausgerichtet, neue Wohn- und Gewerbeflächen wurden ausgewiesen und Infrastruktureinrichtungen ausgebaut.

Im Hinblick auf die demographischen Veränderungen gab es bislang kaum Problemdruck in den betreffenden Kommunen. Dementsprechend unterentwickelt ist auch das Problembewusstsein vor Ort. Für die Kommunen ist es deshalb wichtig, vor der Endlichkeit dieser Entwicklungen nicht die Augen zu verschließen. Auf der Basis von Daten, wie sie z. B. der „Wegweiser Demographischer Wandel“ zur Verfügung stellt, gilt es die kommunalen Akteure vor Ort dafür zu sensibilisieren, dass der demographische Wandel auch sie vor neue Herausforderungen stellt. Die notwendige Steuerung der Siedlungsentwicklung ist hierbei ein zentraler Aspekt, der vor Ort verdeutlicht und anhand von Beispielen konkretisiert werden muss.

Für die Kommunen in Cluster 8 ergeben sich in diesem Kontext folgende Handlungsempfehlungen:

Handlungsempfehlungen:

1.1. Siedlungsentwicklung: Zersiedelung vermeiden

Für die Kommunen ist es mit Blick auf die demographischen Entwicklungen, aber auch vor dem Hintergrund des hohen Flächenbedarfs aus präventiver Sicht wichtig, einer möglichen Zersiedelung bereits heute aktiv entgegenzuwirken und eine kompakte, in die vorhandenen Strukturen integrierte Siedlungs- und Gewerbeflächenentwicklung zu gewährleisten. Dies erfordert in erster Linie eine zielorientierte Steuerung der städtebaulichen Entwicklung, die den Flächenbedarf einerseits befriedigt und andererseits die infrage kommenden Standorte für neue Wohn- oder Gewerbebauten auf ihre Zukunftstauglichkeit in Zeiten des demographischen Wandels überprüft.

Vorrangige Aufgabe der Kommunen in Cluster 8 ist es deshalb, frühzeitig und gezielt ein kommunales Flächenmanagement zu etablieren. Erster Schritt ist eine Bestandsaufnahme auf Basis der Bevölkerungsprognosen und der damit zu erwartenden Entwicklungen, bei der zukünftige Flächenbedarfe den zur Verfügung stehenden Flächen gegenübergestellt werden. Auf dieser Basis sind handlungsleitende Strategien zu entwickeln und im Sinne eines vorausschauenden Flächenmanagements umzusetzen, welche der innerstädtischen Bestandsnutzung sowohl in Bezug auf Grundstücke als auch auf Gebäude Priorität einräumt. Die Einführung eines „Bauland-Controllings“, das sowohl die Gegenüberstellung von Flächenressourcen und Flächenbedarfen als auch die langfristige finanzielle Bewertung von Infrastruktureinrichtungen transparent macht, ist für die Umsetzung des Flächenmanagements ein hilfreiches Instrument.

Je nach Ausgangslage empfiehlt es sich im Hinblick auf das Flächenmanagement stärker in einem regionalen Kontext zu denken. Gerade im suburbanen Verdichtungsraum stehen alle Kommunen in der Verantwortung, zur nachhaltigen Entwicklung und einer starken Qualitätsorientierung der Region insgesamt beizutragen. Hierfür bietet

sich die Siedlungsentwicklung besonders an: Sie geht über die Gemeindegrenzen hinaus und erfordert gemeinsame Konzepte. Nachhaltige Siedlungsformen sind auf Dauer nur durch intensive Abstimmungsprozesse mit den Nachbarkommunen zu gewährleisten. Diese Abstimmungsprozesse sind im Sinne der Region zu forcieren. Hierzu bedarf es z. B. eines übergreifenden Flächenmanagements, das es im regionalen Kontext mit den umliegenden Kommunen, vor allem benachbarten Kernstädten, zu erarbeiten gilt. Das Entwicklungspotenzial der Kernstädte angesichts in der Regel knapper Flächenressourcen ist dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Entwicklung der Kommunen in den suburbanen Räumen. Es wird deutlich, dass es für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen in diesem Bereich entscheidend sein wird, sich als eine gemeinsame „Stadtregion“ zu betrachten.

1.2 „Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“

Die im Zusammenhang mit dem demographischen Wandel perspektivisch zu erwartende Abschwächung der Bevölkerungsdynamik ist in den Kommunen des Clusters 8 bislang häufig noch zu wenig präsent. Deshalb denken und planen die kommunalen Akteure oftmals noch immer in Richtung Wachstum, wie die Ausweisung neuer Wohnbauflächen und Gewerbeflächen im grünen Umfeld der Städte und Gemeinden zeigt. Es liegt daher eine besondere Herausforderung darin, innerhalb dieser auf weiteres Bevölkerungswachstum fokussierten Logik die innere Entwicklung der Kommune nicht zu vernachlässigen. Die in Cluster 8 beschriebenen Kommunen sollten ihren derzeitigen Vorsprung nutzen und bereits heute das Wachstumsparadigma durch neue Paradigmen ersetzen, welche die Folgen der demographischen Entwicklung besonders im städtebaulichen Bereich strategisch vorwegnehmen.

„Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung“ – diesem zentralen Grundsatz des kommunalen Flächenmanagements kann und sollte bei der Ausrichtung der Stadtentwicklung, aber auch bei der konkreten Diskussion zur Ausweisung neuer Flächen im Umland der Orte, bereits jetzt Vorrang gegeben und der Nutzung innerörtlicher Flächen anstelle des Verbrauchs von Grünland im Außenraum Priorität eingeräumt werden. So müssen die Kommunen in Cluster 8 bereits heute aktiv darauf hinwirken, dass die innerstädtisch zur Verfügung stehenden Freiflächen, Brachen und Baulandreserven, aber auch der vorhandene städtebauliche Bestand (z. B. durch Lückenschlüsse, Um- und Wiedernutzung baulicher Anlagen) intensiv genutzt werden. Durch eine zukunftsgerichtete Wohnbaulandausweisung können bereits heute die Weichen dafür gestellt werden, dass die urbanen Zentren in den Städten erhalten bleiben und die Innenstädte im Sinne der insgesamt immer älter werdenden Bevölkerung – für die Lebensqualität nicht zuletzt von kurzen Wegen abhängt – attraktiv und vielfältig bleiben.

2. Regionale Wirtschaftsförderung und -entwicklung

Innerhalb der Region kommt den wohlhabenden Umlandgemeinden des Clusters 8 durch die Initiierung innovativer Projekte eine Wegweiser-Funktion zu. Durch das Engagement der Bürger und ihrer Unterstützung in intellektueller, aber auch finanzieller Hinsicht kann es

gelingen, Reformprozesse anzustoßen, die in anderen, nicht so optimal ausgestatteten Kommunen nicht möglich sind. Gepaart mit den Investitionen von Unternehmen können hier Vorzeigeregionen entstehen (z. B. im Bereich der frühkindlichen Bildung oder der kommunalen Seniorenpolitik).

Handlungsempfehlungen:

2.1 Unternehmen vor Ort für die Folgen der demographischen Entwicklung sensibilisieren
Die Alterung der Bevölkerung schafft Potenziale für wirtschaftliches Wachstum. Die Mittelstädte und regionalen Wirtschaftszentren müssen diesen Markt durch Entwicklung von Produkten und Leistungen für ältere Menschen nutzen. Sie fördern damit zugleich den Strukturwandel und die Modernisierung ihrer Wirtschaftsstruktur und erhöhen ihre Attraktivität als Wohnstandort für ältere Menschen.

Um sich für die Nachfrage älterer Menschen zu profilieren, können die Kommunen die Entwicklung spezialisierter Angebote für Dienstleistungen „rund um ältere Menschen“ initiieren und unterstützen. Dazu gehören nicht nur medizinische und Gesundheitsdienstleistungen, Pflege- und Sozialdienstleistungen, sondern auch Neubau und Umbau von Wohnungen, Service und Beratung sowie Angebote für Freizeit, Bildung und Kultur. Wichtig dabei ist die Orientierung auf Zielgruppen und ihre spezifischen Ansprüche und Bedürfnisse.

- Kommunale Wirtschaftsbetriebe sollten Dienstleistungen anbieten, die gezielt auf die Bedürfnisse älterer Menschen eingehen;
- Die kommunale Wirtschaftsförderung hat die Aufgabe, Impulse für die Stärkung der „Seniorenwirtschaft“ zu setzen. Sie sollte in Zusammenarbeit mit Kammern und Interessengruppen älterer Menschen die lokale Wirtschaft zur Herstellung von Produkten und Dienstleistungen anregen, die die Anforderungen älterer Menschen erfüllen.
- Städte und Gemeinden in Tourismusregionen müssen ihre Angebote an die Urlaubs- und Freizeitbedürfnisse einer alternden Bevölkerung anpassen.

2.2 Wirtschaftsentwicklung regional denken

Den Kommunen kommt die Aufgabe zu, die Akteure aus der Wirtschaft zusammenzubringen und in Zusammenarbeit mit Kammern etc. gemeinsam die Weiterentwicklung des Wirtschaftsraumes voranzubringen. Bisher viel zu zaghaft setzt sich die Erkenntnis durch, dass sich die Ballungsgebiete und ihre Umlandgemeinden als regionale Einheit begreifen und gemeinsam regionale Entwicklungsstrategien entwickeln müssen. Denn nur so können Stärken maximiert oder Schwächen minimiert und die Position der Regionen im Standortwettbewerb um knappe private Investoren gestärkt werden. Regionale Entwicklungsstrategien und interkommunale Zusammenarbeit sind das Gebot der Stunde. Das Spektrum kann dabei von der allgemeinen Verwaltung bis hin zur gemeinsamen Planung von Infrastrukturvorhaben wie den Bau von Schulen und Schwimmbädern reichen und damit weit über das bekannte Maß der

Wirtschaftsförderung und des Öffentlichen Personennahverkehrs hinausgehen.

Hier müssen sich vor allem urbane Regionen (z. B. im Raum Rhein-Main) gegenüber anderen Großstädten positionieren und ihre Qualitäten weiterentwickeln. Neben einer guten Infrastruktur, etwa im Öffentlichen Personennahverkehr, gehören dazu auch eine eigene attraktive Kulturszene oder eine interessante Architektur. Für einzelne Zielgruppen wie Hochqualifizierte oder junge Familien sollten spezifische Angebote entwickelt werden. Erfolgreiche Großstadtreionen zeichnen sich dadurch aus, dass sie einen kontinuierlichen Dialog mit diesen Zielgruppen führen und Plattformen zur Interaktion schaffen.

2.3 Profil als Wirtschaftsraum stärken

Um sich gegenüber anderen Wirtschaftsräumen zu positionieren, müssen die Kommunen des Clusters 8 ihre besonderen Qualitäten nach innen und außen betonen. In diesem Zusammenhang sollten nicht zuletzt überregional ausstrahlungsfähige Angebote, die eine hohe Lebensqualität in der Region verkörpern, weiterentwickelt und professionell vermarktet werden. Eine solche Politik trägt nicht nur zu einer Imageverbesserung nach außen bei, sondern erhöht vor allem auch die Identifikation der eigenen Bevölkerung mit der Region und damit die Standortbindung. Einer der wichtigsten Faktoren im Wettbewerb um junge Fachkräfte ist die regionale Bildungslandschaft. Insbesondere Hochschulen sind ein Magnet für junge qualifizierte Menschen. Die Hochschulstandorte sollten dies nutzen und versuchen, junge Absolventen an die Region zu binden. Dazu tragen enge Netzwerke zwischen lokalen Betrieben und den Hochschulen bei: Studierende können frühzeitig durch Praktika oder Volontariate mit den Betrieben zusammenarbeiten und sich so einen schnellen Berufseinstieg ermöglichen.

Auch mittelständische Betriebe sollten motiviert werden, Rekrutierungsnetzwerke mit lokalen Hochschulen aufzubauen; Großunternehmen tun dies in der Regel bereits. Kommunen können dazu beitragen, potenzielle Existenzgründer aus den Hochschulen zu ermutigen und ihnen konkrete Angebote in der Region machen. Die Region Hannover bietet jungen Existenzgründern z. B. für ein Jahr kostenlose Räumlichkeiten und Dienstleistungen wie ein kontinuierliches Coaching oder gemeinsame Messeauftritte an.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Kommunen dieses Clusters haben die große Chance, sich als kinder- und familienfreundliche Regionen im Standortwettbewerb behaupten zu können. Durch ihre positive Ausgangssituation haben sie die Möglichkeiten, wegweisend in diesem Feld tätig zu werden. Dies kann zum Beispiel bedeuten, dass im Bereich der frühkindlichen Förderung Modellprojekte etabliert werden, die gemeinsam von öffentlicher und privater Hand finanziert werden. Für die langfristige Weiterentwicklung dieser Kommunen ist es vor allem wichtig, professionelle Angebote für eine optimale Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu schaffen, wenn berufstätige Eltern mit Kindern perspektivisch am Ort gehalten und weitere Familien gewonnen werden sollen. Denn die Schaffung von Angeboten zur Balance

zwischen Familie und Arbeitswelt gilt als Standortfaktor im regionalen Standortwettbewerb, der mehr und mehr an Bedeutung gewinnt.

Aufgrund des hohen Lohnniveaus in diesen Clusterkommunen könnte überlegt werden, ob die Eigenbeiträge der besonders gut verdienenden Bürger ggf. erhöht werden (abgestufte Kindergartenkosten etc.). Dadurch kann die Kommune wieder neue Spielräume gewinnen und das Geld in die Förderung bestimmter Zielgruppen investieren (z. B. Sprachförderung). Diese Frage ist natürlich vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion auf bundespolitischer Ebene zu beantworten.

Handlungsempfehlungen:

3.1 Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ein attraktiver Standort zeichnet sich dadurch aus, dass er die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt, die Bildung von Kindern und Jugendlichen fördert und ihnen vielfältige Betätigungs- und Einflussmöglichkeiten bietet. Die Städte und Gemeinden sollten dafür folgende Maßnahmen verfolgen:

- Sicherung ganztägiger Betreuungsmöglichkeiten für Kinder jeden Alters
- Schaffung von Angeboten, mit denen insbesondere Kinder aus bildungsfernen und Haushalten mit Migrationshintergrund frühzeitig gefördert werden
- Verantwortlichkeit in der Verwaltung schaffen, um Anforderungen von Kindern und Jugendlichen an die Kommune aufzuspüren und erforderliche Maßnahmen umzusetzen. Dabei sollte sowohl mit Kindern und Jugendlichen als auch mit ehrenamtlichen Betreuern, ortsverbundenen Betrieben, Vereinen etc. eng zusammengearbeitet werden.

Ein vielfältiges und qualitativ hochwertiges Angebot an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder ab einem Alter von vier Monaten bis hin zur gesicherten Nachmittagsbetreuung in der Schulzeit ist wichtige Voraussetzung für die Kommunen dieses Clusters. Insbesondere im Umfeld der Großstädte spielt dies eine wichtige Rolle, da der Frauenanteil an der Erwerbsbevölkerung hier besonders hoch ist. Die Frage der Vereinbarkeit bezieht sich aber auch auf die Pflege von Angehörigen. Hier können Familien-Services eine gute Hilfestellung sein. Die wichtigste Voraussetzung für diese und sicherlich noch viele andere Aspekte der Kinder- und Familienfreundlichkeit ist die Frage, ob Kinder- und Familienfreundlichkeit ein realistisches und gewolltes Ziel der Kommune ist – oder ob es lediglich bei einem Slogan in einer der vielen, gut gemeinten Info-Broschüren bleibt. Wer „Kinder- und Familienfreundlichkeit“ sagt, muss klären, welche Ziele und Maßnahmen verfolgt werden. Glaubhafte Anstrengungen werden sich aber für die Kommunen auszahlen.

3.2 Information und Vernetzung

Die Angebotspalette für Kinder und Familien ist ein elementarer Baustein kommunaler Aktivitäten. Auf diesem Feld ist es besonders wichtig, die Angebote bürgernah zu gestalten. Beispiele hierfür sind eine gemeinsame Informationsbroschüre über

Angebote für kinder- und familiennahe Dienstleistungen und die Einrichtung einer zentralen Infostelle für Familien. Des Weiteren liegt es nahe, die Träger der Angebote stärker zu vernetzen und aus Kooperationen inhaltliche Impulse zu schöpfen. Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Schulen bzw. Schulverwaltung und die intensive Zusammenarbeit von vorschulischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen mit Grund- und weiterführenden Schulen ist die unabdingbare Voraussetzung dafür, dass Kinder- und Familienfreundlichkeit in der Praxis funktioniert.

3.3 Förderung und Integration

Die Kommunen dieses Clusters sollten auf eine individuelle Förderung von Kindern in besonderen Situationen besonders viel Wert legen und hier spezielle Angebote für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen machen. Dazu gehören beispielsweise spezielle Sprachförderangebote für ausländische Schüler und Integrationsangebote für ausländische Kinder und deren Familien.

4. Hochwertiges Bildungsangebot sicherstellen

Die Qualität der Schulen ist für junge Familien und für hoch qualifizierte Arbeitskräfte eines der wichtigsten Kriterien für die Wahl ihres Wohnstandorts. Die Profilierung als Wohnort für Familien und Besserverdienende verlangt daher von den Mittelstädten und regionalen Zentren, alle Kräfte auf die Bereitstellung hochwertiger Ausbildungsmöglichkeiten zu konzentrieren.

- Städte und Gemeinden müssen in ihren Schulbestand investieren, um sich durch baulich hochwertige und gepflegte Schulgebäude und Schulgelände zu profilieren.
- Sie sollten Gesprächsrunden und Abstimmungsprozesse zwischen Schulleitern und Lehrern mit Vertretern der örtlichen Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Interessengruppen initiieren und fördern, um die Qualität des Schulangebotes zu verbessern
- Nicht-staatliche Schulen und Initiativen zur Ansiedlung von Schulen in freier Trägerschaft sollten unterstützt werden, da sie das Ausbildungsprofil der Kommune stärken und die Konkurrenz die Qualität der Ausbildung steigern kann.
- Die Städte und Gemeinden müssen, im Interesse der Qualifizierung und Integration von Kindern ausländischer Herkunft, aber auch der Qualifizierung deutscher Kinder dafür sorgen, dass Sprachförderung ein Ausbildungsschwerpunkt in den ersten Jahrgängen ist.

Darüber hinaus zählen auch die frühkindliche und die vorschulische Förderung in Kindergärten und Schulen zu einem der wichtigsten Handlungsfelder auf dem Gebiet kommunaler Bildungspolitik. Die Bertelsmann Stiftung hat z. B. verschiedene Leitfäden für die Förderung der unter 3-Jährigen und die Kooperation von Kindergärten und Grundschulen entwickelt, die in der Praxis zu Rate gezogen werden können.

Handlungsempfehlungen:

4.1. Bildungsangebote für die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen zur Verfügung stellen

Die Kommunen in Cluster 8 sind gekennzeichnet durch ein durchschnittlich hohes Bildungsniveau ihrer Bevölkerung. Für die typischen Wohn- und Auspendlerorte ist dies vor allem begründet durch das Verständnis von Wohnortqualität vieler hoch qualifiziert Beschäftigter und des klassischen Bildungsbürgertums, die ihre Ansprüche an das Wohnumfeld im (grünen) Umland der großen Städte und regionalen Zentren erfüllt sehen.

Eine Herausforderung liegt für die Kommunen dieses Clusters darin, die noch vorhandene, sich aber abschwächende Bevölkerungsdynamik mit dem Zuzug vieler Familien und jüngerer Menschen als Potenzial zu nutzen und die junge Bevölkerung mit einem guten und innovativen Bildungs- und Qualifizierungsangebot sowie einer guten schulischen Infrastruktur auch langfristig an die Orte zu binden. Vor allem für die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen ist es wichtig, geeignete Bildungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Perspektivisch gilt es, die schulische Infrastruktur auf die lokalen Bedingungen und die lokalen Bedürfnisse hin auszurichten, aber auch in Nachbarschaft zu den großen Städten im regionalen Zusammenhang zu betrachten. Bildungsangebote im Wohnort können beispielsweise verstärkt auf die Anforderungsprofile der Betriebe im Umland und in den benachbarten Städten ausgerichtet werden. Dazu können Kooperationen zwischen allgemeinbildenden Schulen und Berufsschulen mit den örtlichen und regionalen Unternehmen und ein regelmäßiger Austausch der Lehrerschaft mit Unternehmensvertretern beitragen.

4.2 Ältere Arbeitnehmer qualifizieren

Die berufsbegleitende Qualifizierung älterer Arbeitnehmer wird angesichts des Fachkräftemangels immer wichtiger. Obgleich die Qualifizierung der Beschäftigten keine originäre Aufgabe der Kommunen ist, können diese hier eine aktive moderierende Rolle übernehmen. Dabei bieten sich enge Kooperationen mit Unternehmen, Kammern und Bildungsträgern etc. an, um Strukturen für die Weiterbildung zu sichern und die Bereitschaft der Beschäftigten für eine kontinuierliche Qualifizierung zu fördern.

Kommunen können z. B. Ansätze zur Förderung des lebenslangen Lernens durch die Unterstützung von Netzwerken mit Unternehmen und Bildungseinrichtungen voranbringen. Dabei kann eine regionale Spezialisierung des Bildungsangebotes zu einer vorteilhaften Abgrenzung zu anderen Regionen führen. Eine besondere Rolle kommt hier auch dem bürgerschaftlichem Engagement zu, das beim Aufbau von Bildungsnetzwerken verstärkt genutzt werden kann. Damit erhöhen sich die Chancen, Erfahrungen und Know-how der wachsenden Zahl „junger Alter“ für das Gemeinwesen zu nutzen.

5. Attraktive Wohnräume nachhaltig sicherstellen und schaffen

Um die Attraktivität der Kommune als Wohn- und Lebensstandort zu stärken und langfristig zu erhalten, empfiehlt es sich bereits heute in langfristigen Perspektiven zu denken und in entsprechende Strategien zu investieren. Dazu gehört für Cluster 8 die Schaffung und langfristige Beibehaltung attraktiven Wohnraumes.

Handlungsempfehlungen:

5.1 Attraktive Wohnungen für Alt und Jung anbieten

Besonders zu bedenken ist der langfristige Erhalt und die Verbesserung der Attraktivität der Ortskerne. Dies gilt sowohl im Hinblick auf Familien und Kinder, als auch auf die wachsende Zahl der Senioren. Mit zunehmender Alterung der Bevölkerung, die auch prosperierende und weiter leicht wachsende Kommunen treffen wird, gilt es, die Innenentwicklung frühzeitig und bewusst so zu steuern, dass zentrumsnahes Wohnen mit kurzen Versorgungswegen gewährleistet ist. Innerstädtischer Wohnraum sollte so geplant werden, dass für die jeweils unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen – z. B. Familien mit Kindern und Senioren – attraktiver Wohn- und Lebensraum entsteht, der auch das generationenübergreifende Miteinander ermöglicht und fördert. Langfristig werden die Kommunen im Hinblick auf die bevorstehenden Alterungsprozesse von dieser strategischen Ausrichtung profitieren.

In den Kommunen aus Cluster 8 sollte ein Umdenken im Sinne eines proaktiven Handelns bereits jetzt eingeleitet werden, also zu einem Zeitpunkt, der angesichts der prognostizierten demographischen Entwicklung noch Spielraum für neue Konzepte und Ideen lässt. Um langfristig als Wohnort für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen attraktiv zu bleiben ist es unerlässlich, die Stadtentwicklung auf Kinder- und Familienfreundlichkeit ebenso wie auf Seniorenfreundlichkeit auszurichten und ein gutes Wohnungsangebot für die unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen vorzuhalten. Familiengerechte Wohnangebote zeichnen sich durch einen Mix unterschiedlicher Wohnungstypen und familien- bzw. kinderfreundliche Wohnumfeldbedingungen aus. Ein erster Schritt zum Ausbau des Angebots familiengerechter Wohnungen ist daher eine Bestandsaufnahme, um Defizite und Lücken zu ermitteln. Sie sollte die betroffenen Bürger einbeziehen und durch aktivierende Verfahren Hinweise für zukunftsfähige und innovative Projekte liefern. Die Bestandsaufnahme muss klären, für welche Gruppen das Wohnungsangebot in der Kommune nicht attraktiv ist, welche Möglichkeiten und Unterstützungsangebote es für Familien gibt, Wohneigentum zu schaffen, welche Wohnlagen ein kinderfreundliches Wohnumfeld bieten, welche Potenziale für neue Wohn- und Trägerformen oder Besitzverhältnisse bestehen (z. B. Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenhaus, genossenschaftliche Wohnprojekte). Auf dieser Informationsgrundlage können Strategien zur Aufwertung, Ergänzung und Umstrukturierung entwickelt werden. Für ihre Umsetzung sind auch Immobilienwirtschaft, Kreditinstitute und Grundbesitzer etc. einzubinden.

5.2 Wohnen im Alter

Den Herausforderungen des demographischen Wandels im Bereich Wohnen ist vor

allem zu begegnen durch ein breites Spektrum alternativer Wohnangebote und -arrangements, aus denen ältere Menschen eigenverantwortlich wählen können. Ihnen muss es ermöglicht werden, auch bei eingeschränkter körperlicher oder psychischer Gesundheit möglichst lange zu Hause zu leben. Eine abgestufte, niedrighschwellige Infrastrukturplanung kann helfen, dass diese Angebote die Einzelnen auch erreichen; zudem kann sie dafür Sorge tragen, dass dem Wunsch, in den eigenen vier Wänden zu bleiben, entsprochen wird, auch wenn die Menschen Unterstützung benötigen. Dies erfordert ein kooperatives Handeln zwischen öffentlichen und privaten Partnern.

Die Frage nach den jeweils angemessenen Wohnbedingungen ist auf der Grundlage individueller Bedürfnisse und Wertentscheidungen zu beantworten. Daher werden „normale“ Wohnungen auch in Zukunft die überwiegende Wohnform Älterer bleiben. Das bedeutet, dass soziale Infrastrukturen sowie das räumliche Umfeld und die Wohnungen selbst in weit höherem Maße als bisher altersgerecht gestaltet sein müssen.

Handlungsspielräume für Kommunen:

- Der Wohnungsbestand wird strukturell umgewandelt und das Wohnumfeld verbessert.² Bauliche Maßnahmen sollten dabei nicht isoliert vorgenommen werden, sondern sich kleinräumig mit sozialen Infrastrukturen verknüpfen.
- Neue Wohnformen werden geschaffen, erprobt und unterstützt. Dies kann jedoch zukünftig auch aus volkswirtschaftlicher Sicht nur in sehr begrenztem Umfang realisiert werden. Hier gilt es vor allem, auch bei erhöhtem Pflegebedarf oder einer Demenzerkrankung den Bedürfnissen nach Normalität, Selbstbestimmung und Integration zu entsprechen sowie Wohnformen anzubieten, die vor allem dem Wunsch nach Gemeinschaft und gegenseitiger Unterstützung entgegenkommen.
- Einzelne Wohnquartiere werden mit Pflegewohngruppen, betreuten Wohnanlagen oder Mehrgenerationenhäusern ausgestaltet. Diese tragen dazu bei, dass ältere Menschen in ihren vertrauten Wohnsiedlungen oder Gemeinschaften auch bei hohem Unterstützungsbedarf verbleiben können und somit Selbst-, Familien- und Nachbarschaftshilfe gefördert werden.
- Kooperationen mit örtlichen Vereinen, Genossenschaften oder der Wohnungswirtschaft sollen intensiviert werden.
- Durch eine zukunftsorientierte Bau- und Infrastrukturplanung können Kommunen günstige Rahmenbedingungen schaffen.

² In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass nur jene Kommunen planerisch handeln können, die ihre Wohnungsgesellschaften nicht veräußern.

- Durch Information und Beratung älterer Bürger werden die Angebote breitenwirksam umgesetzt. Anlaufstellen für die Vermittlung von Hilfen, Wohnberatung und die Organisation gemeinschaftsförderlicher Aktivitäten sind hier zu nennen, die durch kommunale Initiierung, Steuerung und Finanzierung in das Repertoire einer altersgerechten Kommune gehören.

Bürgerschaftliche Identität und soziale Verwurzelung werden gefördert. Indem Kommunen die Regulierungsdichte im Rahmen der Bauleitplanung und Satzungen minimieren, können sie zu erweiterten Handlungsspielräumen für selbstbestimmte, neuere Wohnformen beitragen. Bau- und nutzungsrechtliche Festlegungen sollten erst getroffen werden, nachdem die Wohnkonzepte von Nutzern und Akteuren konkretisiert werden. Kommunales Handeln sollte sich auf anregende Hilfestellung und Beratung statt auf bürokratische Kontrolle konzentrieren.

Die Koordination der Angebote und vor allem die Förderung von Quartierskonzepten und Gemeinwesen, der Aufbau eines Beratungsangebotes für Wohnformen im Alter und die Möglichkeiten der Anpassung vorhandener Wohnungen an die Bedürfnisse der älteren Bevölkerung gehören zu den wichtigsten kommunalen Zukunftsaufgaben.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, Maßnahmen zur Stärkung der Kinder- und Familienfreundlichkeit zu ergreifen und die Bausteine einer zukunftsorientierten Seniorenpolitik vor Ort in praktikable Modelle zu überführen. Nähere Ausführungen dazu finden sich in der Rubrik „Handlungskonzepte für zentrale Politikfelder“.

Januar 2006